



## Das Projekt OntoGov

### Ontology enabled eGovernment Service Configuration

*Barbara Thönssen*

Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz, Wirtschaftsinformatik  
Riggenbachstrasse 16  
CH-4600 Olten  
barbara.thoenssen@fhso.ch

Das Anbieten von Dienstleistungen auf dem Internet ist heute ein zentrales Anliegen aller Behörden und Verwaltungen in Europa. Längst haben auch kleine Gemeinden eine Homepage. Um aber eGovernment nicht nur für den Bürger sondern auch für Behörden wirklich interessant zu machen, muss nicht nur die Verarbeitung von Daten durchgängig sein, d.h. Daten, die im Internet erfasst werden, können – geeignete Security vorausgesetzt – direkt in Legacy-Systeme eingelesen werden. Es müssen Prozesse behördenübergreifend definiert und implementiert werden, die Bürgern und Verwaltungen eine schnellere und effizientere Abwicklung von Dienstleistungen erlauben. In der Schweiz ist ein entsprechender Leistungsauftrag an die Verwaltungen ergangen<sup>1</sup>. Der Bund hat in diesem Zusammenhang eine aktive Rolle eingenommen indem er mit der Erstellung des Guichet Virtuel<sup>2</sup> eine ‚Broker Rolle‘ einnimmt und über eCH<sup>3</sup> die notwendigen Standardisierungen voran treibt.

Mit dem Konzept der Lebenslagen werden die Dienstleistungen, die von verschiedenen Organisationseinheiten einer Behörde erbracht werden, logisch gruppiert und bürger-/kundenorientiert angeboten. Noch immer aber muss der/die BürgerIn verschiedene Formulare ausfüllen, respektive Services aufrufen, um z.B. einen Umzug zu melden (bei der Einwohnerkontrolle, dem Steueramt etc). Ziel muss es sein, einen ‚One-Stop-eGovernment-Service‘

---

<sup>1</sup> In ‘Die eGovernment-Strategie des Bundes’, 13.2.2002

([www.admin.ch/ch/d/egov/egov/strategie/ISB\\_de.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/egov/egov/strategie/ISB_de.pdf))

<sup>2</sup> Guichet virtuel ist ein vom Bund geschaffenes Portal, das es ermöglicht, anhand von ‚Lebenslagen‘ die gesuchten Information und zuständigen Stellen - gleichgültig, ob in Bund, Kantonen und Gemeinden, Legislativen oder Gerichten – zu finden. Ziel ist aber nicht nur zu informieren, sondern den Behördenverkehr auch elektronisch abwickeln zu können.

<sup>3</sup> [www.ech.ch](http://www.ech.ch)

anzubieten, wenn möglich mit integrierten „Business-Partnern“ wie Elektrizitäts- oder Wasserwerke oder der Post. Im Falle eines Umzugs ist aber nicht nur *eine* Gemeinde betroffen, sondern zwei: die Wegzugs- und die Zuzugsgemeinde. Das bedeutet doppelter Aufwand für den/die BürgerIn. Das Beispiel zeigt zudem, dass behördenübergreifende Prozesse häufig nicht ‚fest verdrahtet‘ werden können - die Schweiz hat nahezu 3'000 Gemeinden! OntoGov bietet deshalb die Möglichkeit, Prozesse zu konfigurieren, die Anbindung der notwendigen Web Services jedoch erst zum Zeitpunkt der Ausführung durchzuführen. Das Prozess-Modell ‚Umzug‘ enthält sowohl Aktivitäten für die Abmeldung als auch Aktivitäten für die Anmeldung. Zu jeder Aktivität sind sämtliche Web-Services gemappt, die von Behörden über OntoGov angeboten werden. Aber erst wenn der Prozess ‚Umzug‘ von einer/einem BürgerIn im Internet aufgerufen wird, werden anhand geeigneter Parameter (z.B. Wegzugsort und Zuzugsort) die entsprechenden Web-Services der Wegzugs-Gemeinde, z.B. Olten und der Zuzugs-Gemeinde, z.B. Neuenburg, identifiziert und aufgerufen.

OntoGov (‘Ontology-enabled e-Gov Service Configuration’, Projekt-Nr. IST-507237) ist ein Projekt innerhalb des ‘Information Society Technologies (IST) Programms, dem sechsten Rahmenprogramm der EU, mit dem strategischen Ziel “Networked businesses and governments” zu realisieren<sup>4</sup>. Das Ziel von OntoGov ist es, eine Plattform zu schaffen für die Entwicklung von semantisch angereicherten, ontologiebasierten, Services. Dazu wird nicht nur die Modellierung von eGovernment-Prozessen unterstützt, kontrolliert und dokumentiert, sondern auch deren Umsetzung automatisiert und Ausführung überwacht. Auf das in Form von Ontologien und Meta-Ontologien explizit gemachte Wissen wird zudem dann zugegriffen, wenn bestehende Prozesse geändert werden müssen, z.B. aufgrund einer Gesetzesänderung oder Reorganisation. Betroffene Aktivitäten können identifiziert und zur Modifikation angeboten werden.

---

<sup>4</sup> [www.ontogov.com](http://www.ontogov.com)

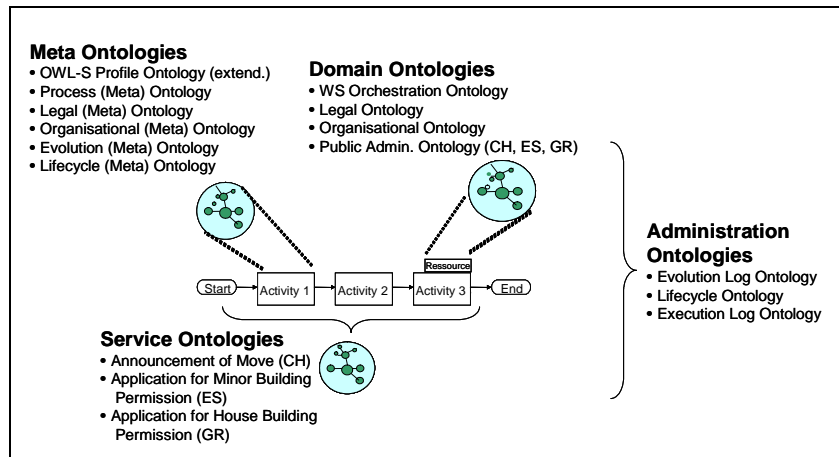


Abbildung 1: OntoGov Ontologien

Die OntoGov-Plattform besteht aus drei Komponenten, dem Ontology Modelling System (OMS), dem Service Configuration System (SCS) und der User Management Component (UMC).

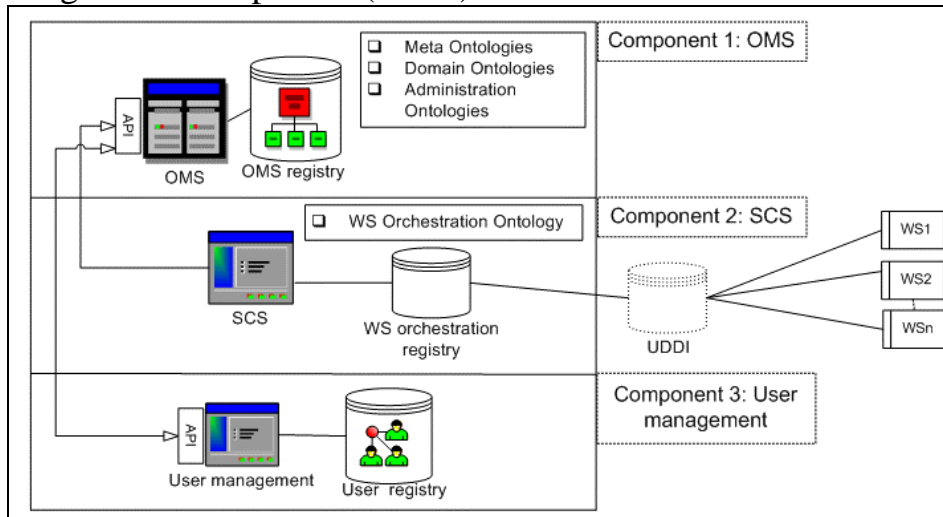


Abbildung 2: OntoGov Komponenten

Pilotiert wird das Projekt in drei Ländern: der Schweiz (Bundeskanzlei, Stadtverwaltungen Olten und Neuenburg mit dem Prozess ‚Announcement of Move‘), Griechenland (Standtverwaltung Amaroussion mit dem Prozess, ‚Application for House Building Permission‘) und Spanien (Stadtverwaltung Barcelona mit dem Prozess ‚Application for Minor Building Permission‘).

Technologiepartner sind PLANET (Griechenland), ARCHETYPON (Griechenland), Forschungszentrum Informatik an der Universität Karlsruhe, FZI (Deutschland), INDRA SISTEMAS (Spanien) und die Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn (Schweiz). Die geplante Projektdauer ist 30 Monate. Das Projekt wurde am 1. Januar 2004 gestartet und wird voraussichtlich am 30. Juni 2006 enden.

